

Michael Walther  
BIBS Fraktionsgeschäftsführer  
im Rat der Stadt Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

0531/ 470-2180  
michael.walther@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 24. Mai 2007

## **Pressemitteilung**

### **Städtisches Unternehmen kauft Stadt eigene Anteile ab Die Finanztricks der Verwaltung, um das Stadtsäckel mit Geld zu füllen**

Das Flugblatt der Bürgerinitiativen Braunschweig zum Ausverkauf der NIWO-Bau zeigt Wirkung. Geplant ist, den „Gewinn“ aus den Wohnungsverkäufen der NIWO-Bau nicht mehr als Gewinn in der Stadtkasse zu deklarieren. Das städtische Unternehmen NIWO-Bau soll der Stadt nun eigene Anteile abkaufen.

Die Hintergründe sind merkwürdig:

NIWO-Bau ist eine Gesellschaft, in der zu 50% die Stadt Braunschweig und zu 50% die Stadtwerke Braunschweig GmbH (ebenfalls ein städtisches Unternehmen) Gesellschafter sind. Das bedeutet, der Aufsichtsrat und die Weisungsbindung erfolgen direkt und indirekt (über die Stadtwerke GmbH) durch die Stadt. Damit die Stadt Braunschweig Einnahmen verbuchen kann, wird von der Stadt als Gesellschafterin das städtische Unternehmen NIWO-Bau angewiesen, eigene Anteile aufzukaufen. NIWO-Bau kauft für 10 Mio. Euro Anteile und gehört sich damit zukünftig zu 10% selbst, was sie in keiner Weise von der Weisungsbindung unabhängiger macht. Die Stadt Braunschweig und die Stadtwerke Braunschweig GmbH haben weiter das Sagen.

Um die Summe von ca. 10 Millionen Euro aufzubringen, verkauft NIWO-Bau Wohnungen - seit 2003 in der Größenordnung von 1000 Stück. Damit sind die Möglichkeiten der Stadt eingeschränkt, auf den sozialen Wohnungsmarkt Einfluss zu nehmen, denn die Wohnungen gehen in private Wohnungsbaugesellschaften über. Auch die Instandhaltungsrücklage wurde aufgelöst. NIWO-Bau muss dafür jetzt Kredite aufnehmen und den kurzfristigen Einnahmen stehen langfristig fehlende Mieteinnahmen und damit fehlende Gewinne gegenüber.

Die BIBS-Fraktion wird den Vorlagen im heutigen Finanz- und Personalausschuss und im Verwaltungsausschuss nicht zustimmen. Diese verschleierte Privatisierungspolitik ist auf lange Sicht zum Nachteil der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger.